

# GÖTTINGER BLÄTTER

04.2014

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

## ◻ Wer – Wie – Was ? (Fortsetzung aus der Februar-Ausgabe)

### Dr. Eckhard Fascher kandidiert für die Göttinger Linke als Oberbürgermeisterkandidat.

Nach Redaktionsschluss der März-Ausgabe, am 24. Februar, wurde in der Wahlkreisversammlung der Wähler\_innengemeinschaft Göttinger Linke der Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE. im Kreistag, Dr. Eckhard Fascher mit 90% der Stimmen zum Kandidaten für die Oberbürgermeisterwahl in Göttingen am 25. Mai gewählt.

Damit gibt es fünf OB-Kandidat\_innen. Neben Eckhard Fascher treten folgende Personen an:

Die Kandidaten von SPD: **Rolf Köhler**, CDU: **Martin Rudolph** und Grünen: **Siegfried Lieske**, hatte wir bereits vorgestellt. Für die Piraten kandidiert **Katharina Simon**, sozialpädagogische Betreuerin und Journalistin. Simon gehörte 2005/6 der WASG an und war Mitglied im Kreisvorstand.

Heute stellen wir Dr. Eckhard Fascher vor:

Als Hauptforderungen für den Wahlkampf benannte Dr. Eckhard Fascher folgende Themen:

- ➔ Die Ablehnung des so genannten „Zukunftsvertrages“, die Aufhebung der Deckelung der freiwilligen Leistungen und damit verbunden eine ausreichende Förderung von sozialen, kulturellen oder ökologischen Initiativen
- ➔ Kein Ausverkauf städtischen Eigentums wie der Voigtschule/ Baptistengemeinde. Diese müssen von Göttinger Initiativen wie den Kulturverbund oder den Filmkunstfreunden genutzt werden können.
- ➔ Die Einrichtung neuer Gesamtschulen. Hier geht es vor allem um die schnelle Einrichtung einer dritten IGS in den Räumen eines Göttinger Gymnasiums. (vgl. GöLinke Ratsinfo Gö Blä 2/2014)
- ➔ Angesichts einer zunehmenden Wohnungsnot die Förderung des sozialen

Wohnungsbaus für ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum sowie eine Übernahme der tatsächlichen Mietkosten bei Transferempfängern.

- ➔ Eine humane Flüchtlingspolitik.

### Wer ist Dr. Eckhard Fascher?



Der 51jährige Dipl.- Sozialwissenschaftler Dr. Eckhard Fascher ist seit 2006 Fraktionsvorsitzender der Partei DIE LINKE. im Kreistag und Vorstandsmitglied des Kommunalpolitischen Forums (LKN) Niedersachsen der Partei. Durch seine Mitarbeit in den verschiedenen Fachausschüssen und sein Studium verfügt er über eine breite Kompetenz in allen Bereichen der Kommunalpolitik. Auch führt er als LKN-Vorstandsmitglied Einführungsseminare für linke Kommunalpolitiker durch.

Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen organisiert er Bildungsveranstaltungen und hat eine Studie zur Umsetzung eines Ökologischen Sozialismus erarbeitet.

Mit 18 Jahren begann er sich bei den Grünen zu engagieren, und sammelte

### im Internet

[www.goettinger-blaetter.de](http://www.goettinger-blaetter.de)

### Kontakt

POST: Göttinger Blätter  
Lange Geismarstraße 2  
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen  
Telefon: 0551/67065

### Inhalt

OB-Kandidat Dr. E. Fascher	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
GöLinke Ratsinfo	7
GöLinke	8
DIE LINKE. Niedersachsen	9
DIE LINKE. Kreistagsinfo	10
DIE LINKE. Kreisverband	11
Weender Freibad	12

### Redaktionsschluss

für die Ausgabe 05.2014  
ist der 19. April.  
Auslieferung am 24. April

zwischen 1981 und 1984 erstmals kommunalpolitische Erfahrungen im Kasseler Kreistag.

Seit 30 Jahren lebt er in Göttingen, wohin er durch sein Studium gekommen war. Nach Studium und Promotion hat Fascher sich dann ab 1996 hauptberuflich und ehrenamtlich in Vereinen zum Klimaschutz, Menschenrechten und Migrationspolitik engagiert sowie in der Erwachsenenbildung und als Entwicklungshilfer in Afrika gearbeitet.

Bei den Göttinger Grünen fungierte Fascher u.a. auch als Sprecher des Kreisvorstandes. 1998 trat er aufgrund der weitgehenden Abkehr der Grünen von ihren früheren Inhalten zur PDS über. Dort bzw. in der Partei DIE LINKE. war er u.a. Kreissprecher. Zur Landtagswahl 2008 und 2013 ist er jeweils als Direktkandidat im Wahlkreis Duderstadt angetreten.

Er ist verheiratet und Vater einer sechsjährigen Tochter und eines einjährigen Sohnes. Aufgewachsen ist er in Calden (nahe dem Flughafen Kassel-Calden). Er ist auch Elternsprecher der Schulklasse seiner Tochter.



# Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes— Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: [www.goettingen.vvn-bda.de](http://www.goettingen.vvn-bda.de) - Email: [vvn-goettingen@secarts.org](mailto:vvn-goettingen@secarts.org)

## ► Wie lief die Befreiung vom Faschismus in Göttingen ab?

**Montag 14. April 2014**  
**19:00 Uhr**  
**Geschäftsstelle ver.di, Großer Saal**  
**(Groner-Tor-Str. 32)**

Bereits im Oktober 1941 kam der als „Blitzkrieg“ konzipierte Überfall auf die Sowjetunion zum Erliegen. Die großen motorisierten Verbände der Wehrmacht wurden vor den Toren Moskaus und Leningrads durch die Rote Armee zum Stehen gebracht. Damit war der faschistische Feldzug im Osten, der auf ein schnelles Überrollen

der sowjetischen Linien ausgerichtet war, faktisch gescheitert. Trotzdem konnte sich die Wehrmacht im besetzten Europa noch über drei Jahre halten – Jahre, in denen das Morden in den Vernichtungslagern sowie die Terrormaßnahmen gegen die Bevölkerung der besetzten Gebiete weitergingen.

Im Jahre 1944 kehrte der von der Wehrmacht entfachte Krieg Schritt um Schritt nach Deutschland zurück: Während die Rote Armee im Osten weiter auf die deutsche Reichsgrenze vorrückte, wurde im Westen mit dem D-Day eine zweite

Front errichtet. Doch selbst als das Deutsche Reich längst in Trümmern lag und die militärische Niederlage für alle bereits absehbar war, leisteten noch fanatisierte Wehrmachts- und SS-Einheiten an vielen Orten bewaffneten Widerstand. Am 8. April 1945 näherten sich Kampftruppen der 2nd US Infantry Division Göttingen. Die Stadt sollte gegen die US-Armee „verteidigt“ werden, jedoch standen dafür kaum Truppen zur Verfügung. Letztlich rückten die US-amerikanischen Soldaten fast kampflös in die Stadt ein. Damit endete für tausende von Zwangsarbeitern und Nazi-Gegnern das jahrelange Martyrium.

Der Soziologe Martin Heinzelmann stellt in seinem Vortrag für uns die Ereignisse des 8. April 1945 dar und beleuchtet dabei die unterschiedliche Wahrnehmung dieses Tages der Befreiung vom Faschismus.

## ► Solidaritätskampagne

Am 1. März startete die Rote Hilfe eine bemerkenswerte Solidaritätskampagne: Sie ruft dazu auf, Antifaschisten in der Ukraine in ihrem Kampf gegen die staatliche Repression und den rechten Terror politisch und materiell zu unterstützen. Dazu hat sie ein Spendenkonto eingerichtet:

**Rote Hilfe e.V.**  
**IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39**  
**BIC: NOLADE21GOE**  
**bei der Sparkasse Göttingen**  
**Stichwort: „Antifa Ukraine“**

Die Spenden werden linken Zusammenschlüssen in der Ukraine für Gefangenenhilfe, Unterbringung, Rechtsbeistand,

medizinische Versorgung sowie Kampagnen gegen die Repression zur Verfügung gestellt.

Ein Vorstandsmitglied der Roten Hilfe erklärte: „*Durch die Zusammensetzung einer neuen Regierung unter Einbeziehung der faschistischen Swoboda-Partei steht zu befürchten, dass sich die staatliche Repression weiter verschärfen wird. Die Rolle der deutschen Bundesregierung, die an dieser Entwicklung offensiv beteiligt war, ohne auch nur ein Wort über die aktive Beteiligung faschistischer Gruppierungen zu verlieren, ist auf das Schärfste zu kritisieren.*“ - Dieser Einschätzung können wir uns als VVN-BdA Göttingen nur zustimmend anschließen. ■

Netzwerk zugerechnet werden können, welche neuen Erkenntnisse der Bundestagsuntersuchungsausschuss und der NSU-Prozess in München zu Tage gefördert haben.



Kritisch betrachtete er die Forderung der VVN-BdA nach einem NPD-Verbot. Diese sei zwar richtig und im Sinne des Art. 139 GG, müsse aber heute unbedingt gekoppelt werden mit der Forderung nach Auflösung der Verfassungsschutzämter. Denn es waren (und sind) gerade die Verfassungsschutzämter, die die Neonazi-Szene organisatorisch und finanziell aufgebaut haben. Eine Auflösung des Verfassungsschutzes wäre ein massiver Schlag gegen faschistische Strukturen, da ihnen damit der Geldhahn zugekehrt und die staatliche Rückendeckung entzogen wäre.

## ► Das NSU-Netzwerk

Am 15. März fand unter dem Titel „Aktuelles zum NSU-Netzwerk: Warum schützt und unterstützt der Staat Neofaschisten?“ im Großen ver.di Saal eine gemeinsame Veranstaltung von VVN-BdA, SDAJ und ver.di statt. Ungefähr 50 Zuhörer waren

gekommen, um den Vortrag und die Einschätzungen unseres VVN-Kameraden und junge Welt Redakteurs Sebastian Carlens zu hören. In seinem Referat stellte er dar, wie es zum Entstehen des NSU kam, welche konkreten Taten dem

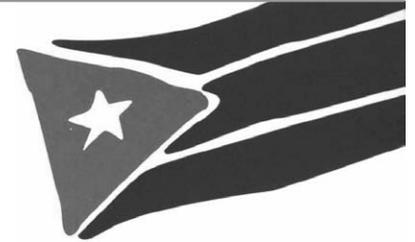
# Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen  
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

## Mitgliederversammlung

Am Dienstag, den 08. April 2014

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt



unser Kooperations-  
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

## ▶ Mandela und Fidel: Worüber nicht berichtet wurde

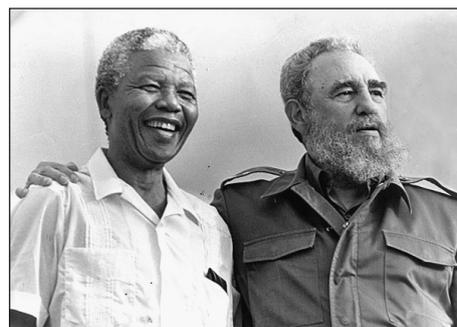
**Der Tod von Nelson Mandela hat einen Schwall von Interpretationen seines Lebens und Werks ausgelöst, die ihn alle als Apostel des Pazifismus und eine Art Mutter Theresa von Südafrika darstellen. Es handelt sich um ein wesentlich und absichtlich entstelltes Bild, das auslöst, dass der Afrikanische Nationalkongress (ANC) und sein Führer Mandela nach dem Gemetzel von Sharpeville im Jahr 1960 den bewaffneten Weg und die Sabotage von Unternehmen und wichtigen wirtschaftlichen Vorhaben ergriffen (...).**

1962 wurde er verhaftet und kurz danach zu lebenslänglicher Haft verurteilt ... Mandela war demnach kein „Verehrer der bürgerlichen Legalität“ sondern ein außergewöhnlicher politischer Führer ... Es heißt, dass er der Mann war, der die verhasste südafrikanische Apartheid aus der Welt schuf, was die halbe Wahrheit ist.

Die andere Hälfte des Verdienstes gebühren Fidel und der kubanischen Revolution, die mit ihrem Eingreifen in den Bürgerkrieg von Angola das Schicksal der Rassisten besiegelte, als sie die Truppen von Zaire, der südafrikanischen Armee und der angolanischen Söldnerarmeen niederschlug ... Dank ihres heldenhaften Beitrages (...) konnten die Unabhängigkeit Angolas aufrecht erhalten, die Grundlage für eine spätere Emanzipierung Namibias geschaffen und der südafrikanischen Apartheid der Todesstoß versetzt werden.

Deshalb schrieb Mandela am 23.3.1988, als er vom Ergebnis der entscheidenden Schlacht um Cuito Cuanavale erfuhr, aus

dem Gefängnis, dass der Ausgang dessen, was als „afrikanisches Stalingrad“ bezeichnet wurde, „der Wendepunkt für die Befreiung unseres Kontinents, meines Volkes, von der Geißel der Apartheid“ war. Die Niederlage der Rassisten und ihrer US-Berater versetzte der südafrikanischen Besetzung von Namibia den Todesstoß und beschleunigte die Verhandlungen mit dem ANC, die kurz danach das südafrikanische Rassistenregime zu Fall brachten. Es war das gemeinsame Werk jener zwei gigantischen Staatsmänner und Revolutionäre.



Jahre später, auf der Konferenz der kubanisch-südafrikanischen Konferenz von 1995, würde Mandela sagen: „Die Kubaner kamen in unsere Region als Doktoren, Lehrer, Soldaten, Landwirtschaftsexperten, aber niemals als Kolonisatoren. Sie teilten die gleichen Schützengräben im Kampf gegen den Kolonialismus, die Unterentwicklung und die Apartheid ... Niemals werden wir dieses unvergleichliche Beispiel von selbstlosem Internationalismus vergessen.“

Kuba zahlte einen enormen Preis für diesen edlen Akt der internationalen

Solidarität, wie es Mandela in Erinnerung brachte. (...): Von 1975 bis 1991 durchliefen Angola beinahe 450.000 Frauen und Männer der Insel und setzten ihr Leben aufs Spiel. Etwas über 2.600 verloren es, als sie darum kämpften, das rassistische Regime von Pretoria und seiner Alliierten zu stürzen.

Der Tod dieser außergewöhnlichen Führungspersönlichkeit, die Nelson Mandela war, ist ein hervorragender Anlass, um seinen Kampf und ebenfalls das internationalistische Heldentum von Fidel und der kubanischen Revolution zu ehren.

(Von Atilio Boron, argentinischer Politologe und Soziologe. Gekürzt übernommen aus Granma international) Zitate von Nelson Mandela (1991 beim Staatsbesuch in Cuba): „Das kubanische Volk nimmt einen besonderen Platz im Herzen der Völker Afrikas ein. Die kubanischen Internationalisten leisteten einen Beitrag zur Unabhängigkeit, Freiheit und Gerechtigkeit in Afrika, der ohne gleichen ist wegen der Prinzipien und Uneigennützigkeit, die ihn charakterisieren“

„Ich war im Gefängnis, als ich zum ersten Mal von der massiven Hilfe erfuhr, die die kubanischen internationalistischen Streitkräfte dem Volk Angolas zuteil werden ließen – in einem solchen Maße, dass es uns schwerfiel, es zu glauben – als die Angolaner sich 1975 auf abgestimmte Weise von südafrikanischen Truppen, der von der CIA finanzierten FNLA, den Söldnern und Truppen der UNITA und Zaires angegriffen sahen (...). Wir in Afrika sind es gewohnt, Opfer anderer Länder zu sein, die unser Territorium auseinanderreißen oder unsere Souveränität untergraben wollen. In der Geschichte Afrikas gibt es keinen anderen Fall eines Volkes, das sich in Verteidigung unserer Völker erhoben hätte.“

# Deutsche Kommunistische Partei

## Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, [www.dkp-goettingen.de](http://www.dkp-goettingen.de), [goettingen@dkp-niedersachsen.de](mailto:goettingen@dkp-niedersachsen.de)

### ▶ Euroland ist abgebrannt **DKP**

Vortrag und Diskussion mit

**Lukas Zeise \***

**Dienstag, 1. Apr. 19.00 Uhr,**

**Rotes Zentrum.**

**Lange Geismarstr. 2**

Lucas Zeise entzaubert in seinem gleichnamigen Buch „Euroland ist abgebrannt“ die ins Mythische überhöhte Lehman-Pleite und macht deutlich, dass es in diesem Spiel allein um die Interessen von Einlegern bei Banken, Hedgefonds und anderen Einrichtungen der Finanzwelt geht. Sie, d.h. die Einlagen, müssen gerettet werden, und zwar auf Kosten der Steuerzahler.

\* Lucas Zeise ist Finanzjournalist, der u.a. bei der früheren „Financial Times Deutschland“ gearbeitet hat.

### Mitgliederversammlungen:

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

**Dienstag, 01. April, 20.00 Uhr**

Thema: Euroland wird abgebrannt (siehe unten))

**Dienstag, 15. April, 20.00 Uhr**

Thema: stand zum Redaktionsschluss der Göttinger Blätter noch nicht fest

**Dienstag, 29. April, 20.00 Uhr**

Thema: Indien - Vielvölkerstaat – Gesellschaft im Umbruch?

### ▶ Hungerlohn-Vorwürfe gegen Wurstfabrik von Uli Hoeneß

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) macht gegen die Nürnberger Bratwurstfabrik von Uli Hoeneß, dem Präsidenten des FC Bayern München, mobil. Laut NGG würde den Beschäftigten von HoWe, Lieferant der Discounter Aldi, Plus und Netto, lediglich ein Hungerlohn gezahlt, Leiharbeiter würden verstärkt eingesetzt und ein Betriebsrat für die Beschäftigten existiere nicht.

Als Hoeneß von den Protesten der Gewerkschaft hörte, zeigte er sich verärgert: „Wir leben in keinem Gewerkschaftsstaat, wo mir die NGG Vorschriften machen kann“, zitiert ihn die Nürnberger Abendzeitung. Ohnehin helfe er nur beim Verkauf, das operative Geschäft habe er längst an seinen Sohn Florian abgegeben. Dieser wehrte sich prompt. Die Gewerkschafter würden nur gegen das Unternehmen schießen, „weil wir den Namen Hoeneß tragen.“

Während die NGG dem Unternehmen vorwirft, die 290 Beschäftigten mit einem Niedriglohn von 1.380 Euro brutto mtl. abzuspeisen, wolle Florian Hoeneß keine Zahlen nennen. Mit einem Lohn

dieser Größenordnung habe er aber für „Ungelernte mit Sprachschwierigkeiten überhaupt kein Problem.“ Das sei branchenüblich. Vielmehr trage der Verbraucher die Verantwortung, der immer alles möglichst billig kaufen wolle. Zudem könne der Staat ja entsprechende Mindestlöhne einführen.

Auch den Vorwurf der übermäßigen Beschäftigung von Leiharbeitskräften wollte Hoeneß junior gegenüber der Nürnberger Abendzeitung nicht gelten lassen. Es seien nur 80 Personen, die zu den gleichen Konditionen wie die Festangestellten beschäftigt würden, so der Wurstfabrikant. Zudem hätten alle Beschäftigten eine sechsköpfige Interessenvertretung gewählt.

„Nürnberger Rostbratwürste sind besser geschützt als die Beschäftigten in den Herstellungsbetrieben“, kommentierte Regina Schleser, Vorsitzende des Landesbezirks Bayern der NGG, die Argumentation.

Entnommen: [www.initiative-mindestlohn.de](http://www.initiative-mindestlohn.de)

### UZ-PRESSEFEST VOLKSFEST der DKP

27.-29. Juni 2014

Dortmund

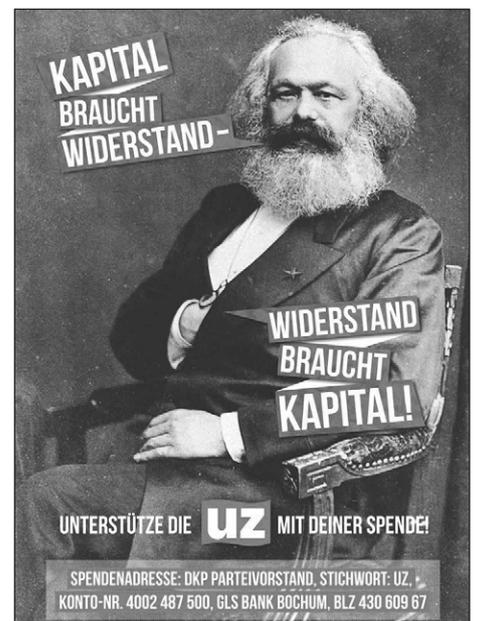
Revierpark Wischlingen

[www.dkp.de](http://www.dkp.de)

Das größte Volksfest der Linken!



Kauft den Soli-Button zur Finanzierung des Festes



UNTERSTÜTZE DIE UZ MIT DEINER SPENDE!

SPENDENADRESSE: DKP PARTEIVORSTAND, STICHWORT: UZ, KONTO-NR. 4002 487 500, GLS BANK BOCHUM, BLZ 430 609 67

# GROBIAN

## Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags im Deutsch-Türkischen Verein, Jonaplatz 4



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

## ► GVZ III: OB Meyer jongliert mit Zahlen und hofft auf die Vergesslichkeit des Publikums

Neulich, beim Jahresempfang des Groner Ortsrats, sprach auch OB Meyer. So erwähnte er den nun begonnenen Bau durch die Firmen Sartorius und Zufall auf dem Gelände des GVZ III am Siekanger, und dass dort 110 Arbeitsplätze entstünden. Er meinte wohl, dies dem Publikum als positive Nachricht verkaufen zu können.

Mich, als Teil des Publikums, hat das geärgert. Denn OB Meyer rechnet hier ganz offensichtlich mit dem schnellen Vergessen vergangener Debatten zum GVZ III.

Ich erinnere mich aber:

Neben dem Güterverkehrszentrum I (am Güterbahnhof) und II (am Lutteranger) entsteht hier seit 2011 das GVZ III auf einer Fläche von 200 000 Quadratmetern. Ursprünglich hatte sich ein „großer Investor“ für das gesamte Gelände interessiert. Nachdem der abgesprungen war, betrieb die Stadt Göttingen das Projekt

weiter und wollte anschließend die Fläche in kleineren Einheiten an Interessenten verkaufen.

Der Streit in den öffentlichen Debatten drehte sich vor Allem um zwei Punkte.

Erstens, ob es überhaupt sinnvoll sei, neben dem GVZ I und II ein weiteres zu projektieren. Angesichts des schleppenden Verkaufs von Industrieflächen in Bovenden, auf dem ehemaligen Glunz-Gelände in Grone und der ebenfalls bereits erschlossenen Fläche direkt gegenüber der A7-Auffahrt Richtung Kassel vor Groß Ellershausen, waren das berechnete Zweifel. Solche Zweifel sind wieder aktuell in der Diskussion über ein weiteres GVZ auf 130 Hektar (!) zwischen Lenglern und Holtensen.

Zweitens die Finanzierung des GVZ III, bei der aus dem kommunalen Haushalt der Stadt Göttingen über 4 Millionen Euro zugeschossen werden mussten. Für Grundstückskäufe und Erschließung des

Geländes musste die Stadt 14,5 Mio Euro investieren. Selbst bei einem optimistisch berechneten Verkaufspreis von 35 Euro pro Quadratmeter blieb Göttingen auf 3,3 Mio Euro sitzen. Dazu kam noch der Zuschuss von 1,8 Mio € für den Ausbau der Kreuzung Kasseler Landstr./Kaufpark, der wegen des erhöhten Verkehrsaufkommens angeleiert wurde, dass durch das GVZ III verursacht würde.

Es wäre interessant zu wissen, zu welchem Quadratmeterpreis die Stadt an Sartorius/Zufall verkauft hat. Zweifel an der Realisierbarkeit von 35 €/qm wurden auch schon 2011 laut – entsprechend hätte sich der Verlust für die Göttinger Bürger erhöht.

Die rot-grüne Koalition im Stadtrat hat sich (zusammen mit der FDP) damals über diese Einwände hinweg gesetzt, mit dem (er-)schlagenden Argument der Schaffung von 600 Arbeitsplätzen. In einem Artikel des Göttinger Tageblatts war sogar die Rede von bis zu 1000.



Hier bauen Sartorius und Zufall auf dem Gelände des GVZ III. Dem Göttinger Bürger kostet hier der qm 60,50 Euro, die Stadt wollte für 35 Euro verkaufen. Wie viel haben wohl Sartorius/Zufall bezahlt?

So, und nun kommt OB Meyer auf dem diesjährigen Empfang in Grone mit der guten Nachricht von 110 Arbeitsplätzen...!!!

Ist das nicht dreist?

Es kommt aber noch besser. Er hat nämlich auch noch einen wesentlichen Teil seiner guten Nachricht verschwiegen: Sowohl Sartorius als auch Zufall sind Göttinger Firmen, und fast alle der im GVZ entstehenden Arbeitsplätze werden lediglich aus anderen Standorten innerhalb Göttingens dorthin verlagert!!

Politiker sollten aufhören, sich ihre Redetricks bei der Werbung abzugucken!

*Thomas Oesterreich, ehem. Mitglied im Groner Ortrat*

# DIE LINKE.

[www.die-linke-goettingen.de](http://www.die-linke-goettingen.de)

## Kreismitgliederversammlung

Keine Versammlung im April

## Termine der Ortsverbände / Basisorganisationen

### OV Göttingen Mitgliederversammlung

Montag, 7. April, 19 Uhr, Rotes Zentrum

Schwerpunkt: KdU – Übernahme der Mietkosten bei Hartz-IV-Empfängern

Montag, 5. Mai, 19 Uhr, Rotes Zentrum

Schwerpunkt: Wahlkampf

### OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Donnerstag, 17. April, 18 Uhr bei Uli Maschke, Tulpenweg 2a, Dransfeld

### OV Hann. Münden, Rosdorf und Bovenden

Termine und Informationen bei den jeweiligen Ansprechpartnern (vgl. Adressenspalte).

### Treffen der Linksjugend solid

Jeder Mittwoch ab 18 Uhr im Roten Zentrum

### Arbeitskreise:

Termine und Informationen bei den jeweiligen Ansprechpartnern der Arbeitskreise. (vgl. Adressenspalte).

### Treffen und Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nds. / Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Keine Termine und Veranstaltungen im April

**Mach mit!**  
Gemeinsam für deine Interessen. Für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie.  
[www.linksaktiv2013.de](http://www.linksaktiv2013.de)  
**DIE LINKE.**

## Kreisverband Göttingen

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

[kreisverband@dielinke-goettingen.de](mailto:kreisverband@dielinke-goettingen.de)

## Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Donnerstag, 14.30 bis 16.30 Uhr, Rotes Zentrum  
(Keine Sprechstunde in den Ferien)

## Newsgroup:

Anmeldung unter:

[webmaster@die-linke-goettingen.de](mailto:webmaster@die-linke-goettingen.de)

## Linksjugend [;solid]:

[solidgoettingen@gmail.com](mailto:solidgoettingen@gmail.com)

## Ortsverbände:

### OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

[ortsverband@dielinke-goettingen.de](mailto:ortsverband@dielinke-goettingen.de)

### OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,

34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,

E-Mail: [hann.muenden@dielinke-goettingen.de](mailto:hann.muenden@dielinke-goettingen.de)

### OV Rosdorf

Azad Onal, Tel.: 0172/5661546

[rosdorf@die-linke-goettingen.de](mailto:rosdorf@die-linke-goettingen.de)

### OV Adelebsen/Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

E-Mail: [adelebsen@die-linke-goettingen.de](mailto:adelebsen@die-linke-goettingen.de)

oder [bovenden@die-linke-goettingen.de](mailto:bovenden@die-linke-goettingen.de)

### OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

E-Mail: [dransfeld@dielinke-goettingen.de](mailto:dransfeld@dielinke-goettingen.de)

## Arbeitsgruppen:

**AG Sozialpolitik:** Patrick Humke,

Tel. 05 51-5 31 15 63,

[patrick.humke@dielinke-goettingen.de](mailto:patrick.humke@dielinke-goettingen.de)

**Ökologische Plattform:**

Eckhard Fascher, Tel. 0160-91330457

Festnetz: 0551-40137061

[eckhard.fascher@dielinke-goettingen.de](mailto:eckhard.fascher@dielinke-goettingen.de)

**AG Betrieb & Gewerkschaft**

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: [ag-gb@die-linke-goettingen.de](mailto:ag-gb@die-linke-goettingen.de)

**AG Netzpolitik**

Uli Eberhardt

[ag-netzpolitik@die-linke-goettingen.de](mailto:ag-netzpolitik@die-linke-goettingen.de)

## Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,

37079 Göttingen, Tel. 0160-91330457

oder 0551-40137061

E-Mail: [eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de)

## Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800

Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

Editorial: Das Uraltthema Ortsräte für alle Bereiche Göttingens, hier speziell für den Leineberg und den Holtenser Berg beschäftigten den Rat. Eine humanes Konzept zur Aufnahme von Flüchtlingen und entsprechende Kostenerstattung durch das Land standen zur Diskussion und wurden verabschiedet. Und dann mal wieder die weitere Ausgestaltung der Fußgängerzone und die Wiederaufstellung von Bänken am Gauß-Weber-Denkmal als Auftrag an die Verwaltung. Im Mittelpunkt unserer politischen Initiativen stand diesmal das Freihandelskommen (TTIP) und dessen mögliche Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung

Fraktion Göttinger Linke  
Neues Rathaus, Zi. 196  
Hiroshimaplatz 1-4  
37083 Göttingen  
tel 05 51-4 00 24 99  
fax 05 51-4 00 20 79  
goelinke-fraktion@goettingen.de  
www.die-linke-goettingen.de

### TOP 7 Überprüfung der möglichen Auswirkungen von CETA und TIPP

Hier Auszüge des Redebeitrags von Gerd Nier:

Meine Damen und Herren,

keine Angst, wir wollen im Rat keine europapolitische Debatte über das TTIP führen, wenngleich auch die Europawahlen vor der Tür stehen. (...) Wir wollen lediglich auf die für uns als Kommune bedeutungsvollen Aspekte hinweisen, die schon jetzt durchgesickert sind. Und wir wollen für uns alle mehr Transparenz erlangen, um die Folgen des geplanten Abkommens einschätzen zu können. Vielleicht kommen wir dann auch gemeinsam zu der Erkenntnis, im Verbund mit anderen Kommunen Widerstand zu leisten und ähnlich wie der bayrische Städtetag deutliche Warnsignale zu formulieren. Für unseren heutigen Antrag nach weitergehenden Recherchen durch die Verwaltung greifen wir zurück auf Initiativen des Deutschen Kulturrates, von attac, einer Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE aber auch auf Aktivitäten der Grünen und der bayrischen SPD. Hier insbesondere auf eine Stellungnahme des Nürnberger Oberbürgermeisters und Vorsitzenden des Bayrischen Städtetages Dr. Ulrich Maly. Nach seinen Aussagen umfasst nämlich das sogenannte TTIP auch das Mandat für kommunal relevante Handlungsbereiche, wie etwa das öffentliche Auftragswesen, Energiepolitik und Umweltschutz. Auch die Trinkwasserversorgung in öffentlicher Hand könnte wieder bedroht sein, die wir eigentlich durch das erfolgreiche Volksbegehren aus vielen europäischen Ländern für abgewandt hielten. Insgesamt meint Maly, die EU-Kommission könnte in Zukunft mit Hinweis auf internationale Abkommen eine deutliche Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in Europa durchsetzen. Wenn dies so stimmen sollte, dann müssen wir uns mit all unseren Mitteln gemeinsam dagegen wehren. Dann muss es möglicherweise durch uns initiiert, ähnlich wie in Bayern auch einen gemeinsamen Vorstoß durch den Niedersächsischen Städte- und Gemeindetag geben und dann müssen unsere Bundestags- und Europaabgeordneten in die Pflicht genommen werden, auch die Interessen der Städte und Gemeinden zu verteidigen. Denn wenn wir nichts tun, dann könnte sich das bewahrheiten, was der Oberbürgermeister Nürnbergs als Befürchtung äußert: „ Am Schluss könnte die Bürgerschaft Europas vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Umso notwendiger ist. Dass wir alle – Kommunen, Länder, Bund und die gesamte Bürgerschaft – wachsam bleiben: Wir dürfen uns nicht in den Schlaf wiegen lassen. Wer heute den Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge verschläft, wacht morgen ohne Daseinsvorsorge auf.“

Deshalb unterstützen sie bitte unseren Antrag

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen:

1. Welche Konsequenzen das derzeit von der EU-Kommission verhandelte Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) sowie das Abkommen mit Kanada (CETA) für die Stadt Göttingen hätten, wenn die Annahmen von Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, die wir in der Begründung aufführen, zutreffen? Im Vordergrund stehen hier die öffentliche Auftragsvergabe, kommunale Energiepolitik und Umweltschutz, sowie Tarife und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten und der städtischen Gesellschaften und Eigenbetriebe.

Wir bitten die Verwaltung uns Auskunft darüber zu erteilen:

2. Welche Maßnahmen die Stadt Göttingen bisher unternommen hat, um der beschriebenen Entwicklung entgegen zu wirken und darüber öffentlich zu informieren?

3. Welche Maßnahmen die Verwaltung in Betracht zieht, um folgendes zu verhindern: negative Auswirkungen der Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels auf die Daseinsvorsorge für die Göttinger BürgerInnen, z.B. in Bildung, Kulturförderung, Gesundheit, sozialen Dienstleistungen, Abwasser- und Abfallentsorgung, öffentlichen Nahverkehr oder die Trinkwasserversorgung?

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

## ► Persönliche Betrachtungen zu den Merk-Würdigkeiten der bevorstehenden Wahlkämpfe

Wir sind wieder bereits mit einem Fuß im Wahlkampf. Am 25. Mai wird das EU-Parlament neu gewählt; dazu kommen verschiedene BürgermeisterInnen- und OberbürgermeisterInnenwahlen. In der Stadt Göttingen selbst kommt es dabei zu einer merk-würdigen Konstellation der Kandidaturen (getrennter Antritt der Partei DIE LINKE. und der DKP zur EU-Wahl, von der GöLinken unterstützte OB-Kandidatur). Wir werden im Wahlkampf gefragt werden, was das soll – ich kann hier nur mitteilen, wie ich die Sache sehe.

Zunächst zur DKP: Hier war die – tatsächlich wohl kaum mit einem Mandat belohnte, und so gesehen sinnlose und kräfteverschleißende – eigenständige EU-Kandidatur keineswegs unumstritten. Die kleine Partei ist hierzulande allerdings der wichtigste Wahrer der kommunistischen Tradition Lenins, Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs; wir werden ihre Erfahrungen, Erinnerungen und Reflexionen allerspätestens dann wieder brauchen, wenn eine sozialistische Option auf der Tagesordnung stehen sollte, also nicht heute und nicht morgen, unverhofft aber vielleicht schon übermorgen. Eine solche Partei muss – zumindest hin und wieder – in praktische Bewegung kommen, will sie nicht zu einem marxistischen Debatierklub unter notwendiger Fragmentierungsgefahr degenerieren. In diesem Sinne finde ich die EU-Kandidatur der DKP durchaus alles andere als negativ.

Und meine eigene Partei, DIE LINKE.?: Hier ist der Einzug in das EU-Parlament nicht ernstlich zu bezweifeln, und auch unsere Genossin Sabine Lösing befindet sich auf einem recht sicheren Listenplatz. Die Frage nach dem Sinn einer EU-Kandidatur wurde allerdings gar nicht erst gestellt; angesichts der relativen Bedeutungslosigkeit des EU-Parlaments für die Entscheidungsfindung innerhalb der EU und als politischer Tribüne, hätte sie durchaus gestellt werden können.

Es ist dennoch entschieden richtig, ein aufmerksames Ohr am Räderwerk der EU zu haben, somit für deren Parlament zu kandidieren – von der immensen lokalen Bedeutung der Kandidatur Sabines schweige ich hier.

DIE LINKE. ist freilich ein gänzlich anderer Typ Partei als die DKP. Als linke Sammlungspartei mit einem lediglich antineoliberalen programmatischen Konsens ist sie per se und immer in der Gefahr, einem gravitativen Kollaps in Richtung Anpassung und Agonie zu unterliegen. Um dies zu verhindern, muss sie leider permanent gekniffen werden. Dies kann von innen geschehen, indem sich vornehmlich die linken Kräfte besser koordinieren. Hilfreich ist allerdings auch das Gekniffenwerden von außen, wie es durch die durchaus kalkulierbare Konkurrenz durch die DKP geschieht – hilfreicher allemal als die Verbalradikalität etwa eines entristischen Bagalutenordens, die Fronten ausgerechnet genau ebendort aufreißt, wo sie für die Fortentwicklung der Partei destruktiv sind. So gesehen kann man der Kandidatur der DKP auch im Interesse der Stabilität der Partei DIE LINKE. Positives abgewinnen.

Bis auf weiteres werden die Parteien DIE LINKE. und DKP ohnehin sinnvoll nur in einer kalkulierten strategischen Relation zueinander handeln können; was in der einen Partei geschieht hat mittel- oder sogar unmittelbar Einfluss auf das Geschehen in der anderen. Dies berücksichtigend schließt eine sinnvolle Metastrategie neben gelegentlichen berechenbar begründeten unabhängigen Kandidaturen temporäre wie langfristige örtliche Bündnisse entschieden mit ein, wie wir sie hier in Göttingen mit der GöLinken erfreulicherweise haben. Ausdruck ihrer grundsätzlichen Stabilität ist die vom Kommunalpolitischen Arbeitskreis flankierte Tätigkeit der Göttinger Ratsfraktion unter dem ideenreichen und

### Kontakte:

Wählerinnengemeinschaft  
GöLinke

Rotes Zentrum,  
Lange Geismarstraße 2  
37073 Göttingen  
[www.goettinger-linke.de](http://www.goettinger-linke.de)  
E-Mail: [goelinke@web.de](mailto:goelinke@web.de)

#### SprecherInnenkreis:

Dr. Peter Strathmann, Brunhilde Schöne,  
Thomas Bahrs, Doreen Wohlrab,  
Helmut Nebel, Gunnar Siebecke

#### Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)  
Hiroshimaplatz 1-4  
37083 Göttingen  
Telefon 05 51-4 00 24 99  
Fax 05 51-400 20 79  
[goelinke-fraktion@goettingen.de](mailto:goelinke-fraktion@goettingen.de)

#### Fraktionsmitarbeiterin:

Doreen Wohlrab

#### Öffnungszeiten des Büros:

Dienstag, 09-13 Uhr  
Mittwoch, 13-16.30 Uhr  
Donnerstag, 09-17 Uhr

#### Fraktionssitzung:

Mittwoch 17 Uhr (öffentlich)

#### Mandatsträger:

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)  
Patrick Humke  
Civar Akad

fleißigen Vorsitz des Genossen Gerd Nier. Niederschlag findet dies auch in der Aufstellung des Genossen Eckhard Fascher als OB-Kandidaten der GöLinken – und nicht lediglich als einen einer Partei –, übrigens einer Kandidatur, die wie auch die zur EU-Wahl nicht nach bloßer arithmetischer Erfolgsaussicht beurteilt werden darf, sondern nach ihrem mittel- wie unmittelbaren politisch-propagandistischen Effekt.

Es wird sicher andere Einschätzungen zu den Merk-Würdigkeiten der bevorstehenden Wahlkämpfe in Göttingen geben. Einigkeit sollte darüber bestehen, dass bei einer sich auf berechenbarem Abstand zur Partei DIE LINKE. haltenden DKP die gegenseitige Fühlung unbedingt gewahrt bleiben muss. Dies gibt dem Bündnis GöLinke fürderhin größere Verantwortung und eine wachsende Bedeutung für die Entwicklung der Linken in Stadt und Landkreis. Es ist noch ein weiter Weg bis zur Brechung der neoliberalen Hegemonie in den Köpfen und Herzen.

Europawahl:

## ▶ Sabine Lösing auf sicheren Listenplatz gewählt

Sabine Lösing, Landesvorsitzende der Partei und Mitglied des Kreisverbandes DIE LINKE Göttingen, wurde beim Europaparteitag der Partei DIE LINKE in Hamburg von der BundesvertreterInnenversammlung mit einem Wahlergebnis von mehr als drei Viertel als Kandidatin auf den aussichtsreichen Listenplatz 5 für die Europawahl im Mai gewählt.



„Ich danke den Delegierten für das mir ausgesprochene Vertrauen und werde mich im Falle meiner Wiederwahl auch zukünftig im Europäischen Parlament konsequent für Frieden und soziale Gerechtigkeit einsetzen“, kommentierte Sabine Lösing ihr Ergebnis.

In einer Presseerklärung freut sich Dirk Tegtmeier vom KSR DIE LINKE Göttingen: „Damit ist es sehr wahrscheinlich, dass auch in der neuen Wahlperiode ein Mitglied des Europäischen Parlamentes aus Göttingen kommt. Das gute Wahlergebnis zeigt die breite innerparteiliche Zustimmung für ihre friedenspolitischen Positionen und ihre friedenspolitische Arbeit. Sabine Lösing hat in den letzten fünf Jahren sehr gute Arbeit geleistet. Dafür hat sie von den Delegierten große Anerkennung bekommen. Wir gratulieren Sabine Lösing ganz herzlich zu diesem Ergebnis und freuen uns auf den Wahlkampf“.

Folgende Genossinnen und Genossen kandidieren auf den ersten zehn Plätzen:

- 1) **Gabi Zimmer**, Thüringen, Fraktionsvorsitzende der Fraktion Vereinten Europäische Linke/ Nordische Grüne Linke, 2000 bis 2003 PDS-Vorsitzende
- 2) **Thomas Händel**, Bayern, Gewerkschafter, ehemals WASG
- 3) **Cornelia Ernst**, Sachsen

- 4) **Helmut Scholz**, Brandenburg, Vorstandsmitglied Europäische Linkspartei
- 5) **Sabine Lösing**, Niedersachsen
- 6) **Fabio De Masi**, NRW
- 7) **Martina Michels**, Berlin
- 8) **Martin Schirdewan**, Berlin
- 9) **Sofia Leonidakis**, Bremen
- 10) **Malte Fiedler**, Berlin.

Die ersten fünf Kandidaten und Martina Michels sind bereits Mitglieder des Europäischen Parlamentes. Diese Liste ist regional ausgewogen, erfreulicher Weise finden sich auf ihr auch junge Kandidat\_inn\_en wie Fabio de Masi, Sofia Leonidakis und Malte Fiedler. Nicht wieder aufgestellt wurden der frühere Europaabgeordnete und profilierte Friedenspolitiker Tobias Pflüger und die noch amtierende Europaabgeordnete Sabine Wils, die beide dem linken Flügel zugeordnet werden.

Höchst umstritten war auch die Streichung der Charakterisierung der EU als „neoliberal, militaristisch und weitgehend undemokratisch“. Auf dem Europaparteitag hat sich aber die LINKE deutlich als eine soziale, friedliche und demokratische Kraft in und für Europa positioniert. „Europa geht anders. Sozial, friedlich, demokratisch“, lautet das Motto des Europawahlprogramm der Partei, das auf dem Parteitag mit großer Mehrheit beschlossen wurde. ef/fh

## ▶ Gutes Ergebnis für DIE LINKE bei Kommunalwahlen in Goslar

DIE LINKE hat bei der Kommunalwahl am 9.3. in Goslar mit einem Wahlergebnis von 5,9 % drei Sitze im Stadtrat (das ist einer mehr als bisher) gewinnen können. Nötig geworden war der vorzeitige Urnengang aufgrund der Fusion der Stadt Vienenburg mit der Stadt Goslar zu Beginn des Jahres.

Das Ergebnis entsprach in etwa dem Gesamtergebnis der LINKEN in beiden Städten bei der Kommunalwahl 2011,

wobei eine Steigerung im früherem Stadtgebiet Goslar massiven Verlusten in Vienenburg gegenüber stehen, da in Vienenburg damals weniger Parteien und Wählergruppen kandidiert hatten.

Damit ist DIE LINKE nur knapp hinter den Grünen auf den vierten Platz gelandet.

Die Landesgeschäftsführerin Maren Kaminski in einer Presseerklärung vom 10.3. zum Ergebnis:

„Das ist nach dem Bundestagswahlergebnis und den jüngsten Umfragen, die DIE LINKE auch bei Landtagswahlen in Niedersachsen wieder bei 5 Prozent sehen ein weiteres Zeichen dafür, dass die Zeichen bei den LINKEN auf Wachstum stehen. Das gibt uns Rückenwind für die Europawahlen und zeigt: DIE LINKE wird vor allem über ihre gute kommunalpolitische Arbeit vor Ort wieder stärker werden.“ ef

# DIE LINKE. *Kreistagsinfo* aktuell

Nr. 14 - März 2014

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

## EDITORIAL

Wieder einmal steht ein Wahlkampf vor der Tür. Dies war auch der Kreistagssitzung am 12. März anzumerken. Die Ideen der LINKEN waren für die anderen einmal mehr „reine Polemik“. ansonsten ist man sich überwiegend mit Mutti einig: „Uns geht es gut!“. Wenn mit „uns“ nicht „alle“ gemeint sind, stimmt das vielleicht. Es sind aber nicht alle und deshalb waren das Sozialrecht und die Beschäftigungsbedingungen der Mitarbeiter bestimmende Themen der Kreistagssitzung.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag  
 Kreishaus, Zi. 66  
 Reinhäuser Landstr. 4  
 37083 Göttingen  
 tel 05 51-525 108  
 fax 05 51-525 803  
 dielinke@landkreisgoettingen.de  
 www.dielinke-goettingen.de

## TOP 7 – Konzept zur Aufnahme von Flüchtlingen im Landkreis Göttingen (LINKE)

### TOP 15 – Integrationsbeirat und TOP 16 Integrationskonzept (Verwaltung)

Alle – auch DIE LINKE – begrüßten das umfassende Integrationskonzept des Integrationsbeauftragten und die Einrichtung eines Integrationsbeirates.

Der LINKE Antrag bezog sich auf die Flüchtlinge und forderte von der Verwaltung ein Konzept, das über die bloße Unterbringung im Landkreis Göttingen hinausgeht und eine Willkommenskultur gegenüber zum Teil traumatisierten Menschen einfordert. Auch aus den Reihen der Grünen wurde Zustimmung zu dieser Forderung signalisiert. SPD und CDU sahen der Antrag neben den Integrationskonzept als überflüssig an Harm Adam (CDU) gefiel der Begriff „Willkommensbehörde“ für die Ausländerbehörde nicht!?

Eckhard Fascher verwies darauf, dass das umfassende Integrationskonzept ein solches Konzept für Flüchtlinge nicht ersetzen kann und dies ja auch garnicht eine Fragestellung des Konzeptes gewesen sei.

## TOP 8 – Kreisverbindungskommando Göttingen (LINKE)

Die Kritik der LINKEN, das „KVK“ sei in der Öffentlichkeit praktisch unbekannt, wurde von den Abgeordneten der anderen Fraktionen größtenteils bestätigt. Auch unter ihnen waren viele, die von der Heimatschutz-Rambo-Behörde noch nie etwas mitbekommen hatten. Der Wunsch der LINKEN, einmal zu erfahren, was denn die genauen Aufgaben sind, war bei den anderen Fraktionen nicht vorhanden. Grünen-Fraktionschef Worbes, nach eigenem Bekunden selber unwissend, mochte „nicht darüber diskutieren“. Und Herr Noack (CDU) sorgte einmal mehr dafür, dass das Bild von den sandsackschleppenden Soldaten für die Irreführung der Öffentlichkeit benutzt wurde. Eckhard Fascher wies demgegenüber darauf hin, dass die Selbstdarstellung dieses „Kommandos“ nicht mit Sandsäcken und technischer Hilfe erfolgt, sondern mit der Knarre im Anschlag. Sogas darf aber nicht gesagt werden, für die anderen ist es dann nämlich nur „Wahlkampf“.

## TOP 9 – Berechnung der Leistungen gemäß § 41 SGB II (LINKE)

Unsere Kreistagsfraktion forderte einmal mehr Erleichterungen für bedürftige Menschen. Diesmal ging es aber nicht um Verbesserungen bei den Leistungen, sondern um eine Reduzierung des unvermeidlichen Papierkrieges. Andreas Gemmecke brachte für DIE LINKE die Forderung ein, die Verwaltung zu beauftragen, „die ihr gemäß § 41 SGB II zur Verfügung stehenden Möglichkeiten voll auszuschöpfen“, um die Bewilligung der Leistungen nach SGB II auf 12 Monate zu verlängern. Erwartungsgemäß stieß dieser Vorstoß nicht auf allgemeine Zustimmung, obwohl die neoliberalen Fraktionen sich doch sonst immer so sehr für jeglichen Bürokratieabbau einsetzen. Frau Ralle (SPD) verwies darauf, dass die Verwaltung mitgeteilt habe, dass die MitarbeiterInnen die Möglichkeit, den Bewilligungszeitraum auszudehnen, bereits heute gut nutzen würden. Herr Winter von der CDU dagegen betonte, die Verwaltung könne, wenn im Sinne der LINKEN verfahren würde, „nicht schnell genug handeln“, wobei dann natürlich die Frage zu stellen wäre, warum die Möglichkeit eigentlich so „gut genutzt“ wird (oder wird sie das etwa nicht?). Eine weitere Variante der Kritik an unserem Antrag kam dann von Herrn Linne (Grüne), der darauf verwies, die Rechtslage werde ohnehin bald geändert und dann müsse allgemein so verfahren werden, wie es im Antrag der LINKEN steht. Der Antrag komme nur „zu früh“, die LINKE müsse eben etwas Geduld aufbringen. Zusammengefasst kann also gesagt werden, dass ein Antrag der LINKEN mal wieder allgemeiner Kritik zu unterziehen war, obgleich genau dies in Berlin offenbar bereits auf den Weg gebracht wurde.

## TOP 14 – Göttingen als Sozialgerichts-Standort (SPD/ Grüne)

Diese Resolution wurde von der LINKEN wie auch von allen anderen Parteien unterstützt. Allein die Begründung von Herrn Czech (SPD) überraschte. So gäbe es „zu wenig Justizbehörden“ in Göttingen und die öffentliche Hand könne „Geld sparen“. Herrn Noack von der CDU war nach „sparen“ gar nicht zumute, er wünschte sich „einen schönen Neubau“.

Nun ja, dann haben es die Bedürftigen, die sich dann vor Ort ihre paar vorenthaltenen Kröten einklagen können, wenigstens gemächlich. Andreas Gemmecke wies dann für DIE LINKE darauf hin, dass die Prozessflut im Sozialrecht ja aufgrund der schlechten Sozialgesetze, die zuerst von Rot-Grün gemacht wurden, zustande komme. Es sollte einmal daran gedacht werden, welcher Personenkreis überhaupt mit der Sozialgerichtsbarkeit zu tun hat. Immerhin würden sich die Wege für die Betroffenen verkürzen.

## TOP 23 – Ausgliederung und Fusion der Kreisvolkshochschule (Verwaltung)

Göttinger und Osteröder Kreisvolkshochschulen sollen gemeinsam mit der Musikschule in eine gemeinnützige GmbH auszugliedert werden, um später mit der VHS Göttingen zu fusionieren. Die Mitarbeiter befürchten deutliche Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen. Auf Druck von VerDi wurde dann wie gefordert von der Mehrheitsgruppe die Aufnahme von zwei Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat und ein grundlegendes Bekenntnis zu einem Haustarifvertrag mit TVÖD-Standart mit aufgenommen. Allerdings blieb die Möglichkeit bestehen, diesen Tarifvertrag nach drei Jahren zu kündigen. Eckhard Fascher lehnte für DIE LINKE daher die Vorlage ab und brachte einen Änderungsantrag ein, der eine Abkoppelung vom Tarifniveau für einzelne Mitarbeiter verhindern sollte. Unterstützt wurde er dabei von Hans-Georg Schwedhelm, der sich damit mutig gegen seine eigene Grüne Kreistagsfraktion stellte. Erwartungsgemäß bügeln Verwaltung und SPD/CDU/Grüne die Kritik ab. Neben den LINKEN stimmten auch der Pirat sowie die Grünen Schwedhelm und Bretzler gegen die Vorlage. Einige Abgeordnete aller übrigen Fraktionen enthielten sich.

## ► LINKES Regionstreffen - ÖPNV in Südniedersachsen

Nachdem Ende November seit längerer Zeit ein linkes kommunalpolitisches Regionstreffen zum Thema Umsetzung Hartz IV stattgefunden hatte, ging es diesmal am 8. März im Naturfreundehaus um das Thema Öffentlicher Personen-Nahverkehr. Wieder waren elf Genossinnen und Genossen aus alle drei Kreisverbänden anwesend.

Faktisch ist der Busverkehr außerhalb der Stadt Göttingen privatisiert, obwohl mit einem Zweckverband ein öffentliches Konstrukt als Aufgabenträger für Planung, Koordination und Finanzierung des ÖPNV existiert.

In der Kritik am Zustand des ÖPNV wurden vor allem die hohen Preise und die schlechte Anbindung des ländlichen Raumes v.a. am Wochenende beklagt.

Eine kostenlose Fahrradmitnahme in Zügen ist nicht mehr möglich, ebenso ist es in Bussen aufgrund von Platzproblemen manchmal schwierig, Rollstühle oder Kinderwagen mitzunehmen.

Viele Bahnhöfe sind nicht barrierefrei. Es gibt an vielen Bahnhöfen zu wenig Hinweise und Informationen, damit sich die Reisenden zurecht finden können.

Faktisch besteht der größte Teil des ÖPNV aus dem Schülerverkehr und

beschert der DB-Tochter RBB als dominierendes Busunternehmen in Südniedersachsen sichere Einnahmen.

Verantwortlich für den schlechten Zustand und die mangelnde Akzeptanz des ÖPNV ist die grundlegende Unterfinanzierung. Mit Zuschüssen von rund fünf Euro pro Einwohner und Jahr für den Linienverkehr und rund vier Euro für Haltestellen lässt sich eben kein attraktiver ÖPNV betreiben.

In der Regel für sechs Jahre wurden die jeweiligen Buslinien ausgeschrieben und dann an privatwirtschaftlich strukturierte Busunternehmen vergeben. Ein Antrag der LINKEN im Göttinger Kreistag im Jahre 2012, den Busverkehr zu rekommunalisieren, wurde von allen anderen Parteien abgelehnt. Ein neuer Versuch – diesmal in den drei Kreistagen – soll erfolgen.

Breiten Raum nahm die Diskussion um die Einführung eines fahrscheinlosen ÖPNV ein, der für Südniedersachsen als Ganzes diskutiert wurde. In den Orten, wo dieser praktiziert wurde bzw. noch wird wie im belgischen Hasselt oder den brandenburgischen Templin und Lübben wurde der ÖPNV massiv ausgebaut und der Autoverkehr reduziert. Einkommens-

schwachen konnte so Mobilität ermöglicht werden.

Finanziert wurde dies über Steuern wie in Hasselt oder über Jahreskarte wie in Templin. Andere noch nicht realisierte Modelle sehen einem Pflichtbetrag für jeden Erwachsenen, egal ob er den ÖPNV nutzt oder nicht ähnlich wie die Rundfunkgebühr vor. Bisher sind solche Modelle für Kommunen gescheitert. Ein ähnliches Modell wird mit dem Semester ticket an der Uni Göttingen praktiziert, das eine freie Bahnnutzung in Niedersachsen zulässt und mit einem erhöhten Semesterbeitrag finanziert wird. Jedes Jahr findet dazu eine Urabstimmung statt.

Die Seminarteilnehmer\_innen sehen trotz einiger Bedenken in der Einführung eines fahrscheinlosen ÖPNV für ganz Südniedersachsen eine interessante Perspektive.

Voraussetzung dafür ist ein kommunaler ÖPNV. Auch in Südniedersachsen kommt der weitaus größere Teil der Einnahmen aus Zuschüssen bzw. den Kosten für die Schülerbeförderung, also öffentlichen Geldern, was dies potentiell erleichtert. Für Bremen, wo DIE LINKE einen fahrscheinlosen ÖPNV mit einem Pflichtbeitragsmodell präferiert, wird mit durchschnittlich etwa 13 Euro pro Monat für jeden Erwachsenen gerechnet, der bei Transferempfängern deutlich ermäßigt werden soll. Mit einem ähnlichen Beitrag wird in Südniedersachsen gerechnet. Das Thema soll weiterverfolgt werden.

ef/ dr

## ► Auf in den Wahlkampf

Für den Wahlkampf werden noch viele helfende Hände benötigt.

Am Donnerstag, den 6. März wurden im Roten Zentrum von Teilnehmern aus den Parteien DIE LINKE und DKP in die Planungen der Oberbürgermeisterwahl und anschließend von den anwesenden Genossinnen und Genossen der LINKEN der Europawahlkampf besprochen.

Nach den Osterferien wird es jeden Samstag Stände jeweils zur Europawahl und OB-Wahl in der Göttinger Innenstadt geben. In Dransfeld und Rosdorf werden ebenfalls mit den Bürgermeisterkandidatinnen Infostände durchgeführt. Inwieweit und wie häufig dies in weiteren Gemein-

den, insbesondere Duderstadt der Fall sein kann, war bei Redaktionsschluss noch nicht entschieden.

Die Plakatierung wird dann ab der zweiten Aprilhälfte erfolgen können. Hierzu wird es dann in Göttingen sowohl Stellwände für die Europawahl als auch von diesen getrennt zur OB-Wahl geben. Besonders gefragt sind Helfer mit Auto, und auch solche, die sich in den entlegeneren Gebieten des Landkreises auskennen und/ oder dort plakätieren wollen.

Zur OB-Wahl soll es einen Flyer in hoher Auflage geben, dessen Verteilung am **Samstag, den 10. Mai** auch mit Material zur Europawahl erfolgen soll. **Am**

**Abend des 10. Mai** soll dann der Verteilungstag bei einem Grillen im Roten Zentrum ausklingen.

Den krönenden Abschluss wird wie gewohnt eine gemeinsame Wahlparty der Göttinger Linken im Roten Zentrum am Wahlabend bilden, bei der wir hoffentlich sowohl ein gutes Europawahlergebnis mit Sabines Wahl als auch gute (Ober)Bürgermeister(innen)wahlergebnisse feiern können.

► **Informationen und Anmeldung zur Plakatierung: Sissi Spiegler, 0551-30727165/ 0172-5791300, [sissispiegler@web.de](mailto:sissispiegler@web.de)**

► **Zur Verteilung von Infomaterial: Wendet Euch bitte zwecks Auskunft an den Kreisverband.**

► **Infostände: bei den jeweiligen Ortsverbänden.**

ef/ph

Weiterer erfolgreicher Bürgerprotest:

## ► Zukunft trotz ZukunftsVerhinderungsvertrag: Weender Freibad

Am 26. April wurde mit den Stimmen von SPD/CDU/Grüne gegen die Stimmen der Göttinger Linken der ZukunftsVerhinderungsvertrag und damit verknüpft ein sogenanntes „Entschuldungshilfe-Programm“ verabschiedet. Ein Punkt dieses Programms war, dass die öffentliche Trägerschaft des Weender Freibades beendet werden sollte. Kein Freibad mehr im Göttinger Norden? Nur noch zwei öffentliche Freibäder für die 125.000 Einwohner-Stadt Göttingen??? Seit längerem hat Hann. Münden kein Hallenbad mehr, überall werden Bäder geschlossen. Dem Neoliberalen ist das eben alles zu teuer, man kann sich ja auch einen Pool in den Garten bauen, vorausgesetzt man hat einen und das nötige Kleingeld. Obwohl sich sogar mittlerweile auch die CDU im Kreistag, um die Schwimmfähigkeit der Kinder sorgt.

In diesem Falle wollten sich das aber etliche Bürgerinnen und Bürger nicht bieten

lassen. Im August 2011 gründete sich der Förderverein Freibad Weende. Im März 2012 demonstrierten 2.000 Bürgerinnen und Bürger, im April 2012 kurz vor Verabschiedung des ZukunftsVerhinderungsvertrages nochmals 900 für den Erhalt des Freibades.

Die Gründung des Fördervereins geschah auch auf Initiative des CDU-Ortsbürgermeisters Hans-Otto Arnold, dessen Parteifreunde dann einige Monate später im Rat für den Zukunftsvertrag stimmten, mitsamt der Aufgabe des Freibades. Überhaupt tat dann die CDU so, als wäre sie schon immer für den Erhalt des Freibades gewesen.

Naturgemäß war es für die Mehrheitsgruppe aus SPD und Grünen schwieriger, sich einfach dem Bürgerwillen anzuschließen. Immerhin, im September 2012 war dann von einer Schließung keine Rede mehr. Das Bad sollte aber halbiert werden

und auf die Sprungtürme, auf Plantschbecken, 50-Meter-Bahnen und eine Umkleidekabine verzichtet werden.

Auch wenn der Verein grundsätzlich die Sparbedingungen der Stadt akzeptierte, so stieß vor allem der Verzicht auf die Sprungtürme auf Kritik. Im August kam es dann auch wieder zu einer 1000 Demonstranten zählenden Demonstration.

Der Druck zeigte Wirkung und im November konnte dann ein Kompromiss zwischen der GoeSF und dem Förderverein präsentiert werden, der zwar immer noch eine Verkleinerung des Schwimmbades vorsah, aber eben auch den Erhalt der Sprungtürme. Zu dem Konzept bekennen sich mittlerweile alle Ratsparteien und auch die OB-Kandidaten. Voraussichtlich wird das Schwimmbad auch die Saison 2015 noch in seiner ursprünglichen Form erleben, so schlägt es der SPD-OB-Kandidat Rolf-Georg Köhler vor. *EF*

Wird das GVZ Lenglern/ Holtensen endlich beerdigt?

## ► Bürgerproteste erfolgreich!

**Ein Zukunftsprojekt sollte zwischen Lenglern und Holtensen entstehen – Ein Güterverkehrszentrum. Rund 140 Hektar sollte es umfassen, bis zu 3.000 Arbeitsplätze bieten sowie Göttingen und sein Umland als Logistik-Standort stärken.**

Zweifel gab es bei den hier bestimmenden Parteien SPD/CDU/Grüne nicht. Im Kreistag und im Stadtrat stimmten diese gegen die Linken regelmäßig allen Vorbereitungsmaßnahmen zu. Die Bovender Grünen hatten allerdings eine ablehnende Haltung eingenommen.

Doch irgendwann im Jahre 2013 mögen dem einen oder anderen doch noch Zweifel gekommen sein.

Man hatte ja Erfahrungen: Das GVZ am Siekanger hatte weder die versprochenen Arbeitsplätze noch eine Mehreinnahme an

Gewerbesteuern gebracht, dafür allerdings eine deutliche Verschlechterung der Lebensqualität der Anwohner.

Im Dezember letzten Jahres gaben die Göttinger Stadt-Grünen ihre Ablehnung des Projektes bekannt. Auch in Bovenden war die Stimmung mittlerweile gekippt, nur die SPD und ihre Bürgermeisterin standen damals noch zu dem Projekt.

Das änderte sich nach einer Demonstration von 200 Anwohnern gegen das GVZ am 1. März. Am 10.3. verabschiedete sich die Bovender SPD von dem Projekt. Bei der Kreistagssitzung am 12.3. musste Landrat Bernhard Reuter auf eine Bürgerfrage antworten, dass das Projekt wohl keine Zukunft mehr habe. Der OB-Kandidat der Göttinger Linken Eckhard Fascher forderte in einer Presseerklärung auch die offizielle Beerdigung. *EF*

terode die Interessen der Mitarbeiter nicht ausreichend zu beachten. Die Ausgründung würde das Vertrauen der Mitarbeiter des Landkreises in den Fusionsprozess erschüttern. Er verwies auf Politikeraussagen aus der Vergangenheit, die betont hatten, dass die Fusion der Landkreise Göttingen und Osterode ohne deren Mitarbeiter nicht gelingen könne.

Fusionen von Gebietskörperschaften dienen dazu, Synergieeffekte zu erzeugen und Stellen abzubauen. Das ist auch im Falle dieser Kreisfusion nicht anders. Im Sinne der Beschäftigten heißt aus Sicht der Kreisverwaltung, dass Niemand durch die Kreisfusion erwerbslos wird. Nach Auslaufen der Stellen sollen diese eben nicht wieder neu besetzt werden. Auch wenn es nur eine kleine Fusion gibt, sollen vier Prozent der Personalkosten eingespart werden. Im Falle einer großen Fusion mit Northeim wären es zehn Prozent gewesen. Und wozu dienen Ausgründungen?

Man könnte natürlich die Synergieeffekte auch für die Beschäftigten nutzen, die laut Aussage des Personalrates in vielen Ämtern unter permanenter Arbeitsüberlastung leiden. Auch mutet es nicht gerade sehr sozial an, wenn in den Leitungsfunktionen zahlreiche Beförderungen vorgenommen werden, aber neu eingestellte Putzfrauen nur noch nach der niedrigsten Entgeltgruppe 1 und nicht mehr nach 2 bezahlt werden. Nein, sozial kann eine solche Fusion nicht sein.

Im Sinne des oben dargestellten erfolgreichen Bürgerprotestes braucht es wohl noch mehr Protest der Beschäftigten. *EF*

## ► Kreisfusion mit den Beschäftigten?

**Am 12.3. wurde mit deutlicher Mehrheit gegen die Stimmen der LINKEN und vier weiterer Kreistagsabgeordneter die Fusion der öffentlichen Kreisvolkshochschulen Göttingen und Osterode sowie der Musikschulen zu einer gemeinnützigen GmbH beschlossen. (vgl. Kreistagsinfo)**

Dagegen hatte es von Seiten der Beschäftigten heftigen Protest gegeben, die

zahlreich zur Kreistagssitzung und zuvor zu den Ausschusssitzungen erschienen waren. Diese fürchten um die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze und ihrer Einkommen.

Heftige Kritik an der VHS-Fusion übte während der Kreistagssitzung der Vorsitzende des Personalrats des Landkreises Göttingen, Erich Blumrich. Er warf dem Landkreis vor, bei der Kreisfusion mit Os-